

Medienmitteilung**Das „Schoggi“-Gesetz: Süsse Aussichten oder bittere Tatsachen?****8. Polit-Treffpunkt ZMP vom 2. September 2015**

60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft haben am Polit-Treffpunkt ZMP auf dem Milchproduktionsbetrieb von Andrea und Thomas Lötcher, Gut Oberbergiswil, in Meggen LU, teilgenommen. An der Veranstaltung wurde der Fokus auf das „Schoggi“-Gesetz gerichtet, welchem das Aus droht. Ohne griffige Alternative wäre der Schaden für die Milchwirtschaft und den Produktionsstandort Schweiz zu gross – darin waren sich selbst die Mehrheit der anwesenden Politikerinnen und Politiker der verschiedenen Parteien in der „Arena“ einig.

Die Genossenschaft Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP führt alle zwei Jahre den Polit-Treffpunkt zu einem brisanten agrarpolitischen Thema durch. Die Veranstaltung richtet sich an National-, Stände- und Regierungsräte aller Parteien der Zentralschweizer Kantone sowie an weitere Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Landwirtschaft und der Schweizer Milchbranche und hat sich als wertvoller Informations- und Netzwerkanlass etabliert.

„Schoggi“-Gesetz brandaktuell

Am diesjährigen Polit-Treffpunkt ZMP wurde der Fokus auf das brandaktuelle Thema „Schoggi“-Gesetz gerichtet. Dem „Schoggi“-Gesetz in seiner heutigen Form droht das Aus. An der WTO-Ministerkonferenz vom Dezember 2015 in Nairobi soll zumindest ein Teilabschluss erreicht werden. Vorgesehen ist, dass die WTO-Mitglieder ihre Exportsubventionen innert notwendiger Frist vollständig streichen. Um zu einem Teilabschluss beizutragen, ist der Bundesrat bereit, das „Schoggi“-Gesetz zu opfern.

Referenten aus der Nahrungsmittelindustrie, vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und der Genossenschaft Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP beleuchteten das Thema „Schoggi“-Gesetz aus verschiedenen Blickwinkeln (Zusammenfassung Referate im Anhang).

In der anschliessenden „Arena“ wurde die Diskussion zwischen Politikerinnen und Politikern, Vertretern der Nahrungsmittelindustrie und Milchbranche, des Konsumentenschutzes und den Milchbauern heiss geführt. Moderiert wurde die Arena von Oliver Kuhn, Medienschaffender. Für aufmunternde Einlagen sorgte Kabarettist Thomas Lötscher alias „Veri“ mit seinen pointierten Kommentaren, die er äusserst passend und witzig auf den Punkt brachte.

Alternatives System zum „Schoggi“-Gesetz zwingend

In einem Punkt herrschte in der „Arena“ selbst unter den Vertreterinnen und Vertretern der meisten Parteien Einigkeit. Innerhalb der Landwirtschaft ist die Milchwirtschaft jener Sektor, welcher am meisten liberalisiert und „exporterprobt“ ist. Wenn das „Schoggi“-Gesetz gestrichen wird, so ist der Schaden für diesen Sektor enorm. Zur Fortführung des „Schoggi“-Gesetzes in der heutigen Form bestand unter den Politikerinnen und Politikern auf dem Podium keine Einigkeit. Mehrheitlich einig war man sich aber, dass es eine griffige Alternative zum heutigen „Schoggi“-Gesetz braucht.

Thomas Oehen, Präsident ZMP, zog am Ende der Veranstaltung Fazit. Die Diskussionen in der „Arena“ würden ihn eher positiv stimmen. Die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker auf dem Podium habe die Notwendigkeit erkannt, dass es zumindest ein alternatives kluges System braucht, wenn das „Schoggi“-Gesetz abgeschafft wird. Ansonsten wäre der Schaden in der Schweizer Milchwirtschaft beziehungsweise für den Produktionsstandort Schweiz zu gross.

Es sei äusserst gefährlich, ja unverantwortlich, den Milchmarkt weiter liberalisieren zu wollen, ohne auch auf der Kostenseite die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Milchbauern müssen ihre Kosten senken können. Die aktuelle Agrarpolitik bewirke hier eher das Gegenteil. Die Politik müsse dieses Thema dringend angehen. In der Weiterentwicklung der Schweizer Agrarpolitik könne sich die ZMP der Aussage von Ständerat Konrad Graber sehr gut anschliessen. Dieser sagte in seinem Referat, die Weiterentwicklung der Agrarpolitik müsse in der ganzen Breite angegangen werden.

Genossenschaft
Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP

Anhang: Referate (Zusammenfassung)

Was beinhaltet das „Schoggi“-Gesetz?

(Pirmin Furrer, Geschäftsführer Genossenschaft Zentralschweizer Milchproduzenten ZMP)

Die Exportsubvention „Schoggi“-Gesetz ist im Bundesgesetz über Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten geregelt. Das Gesetz sieht Ausgleichsbeiträge für landwirtschaftliche Rohstoffe vor (zum Beispiel Milch, Zucker, Mehl), die in verarbeiteter Form exportiert werden (zum Beispiel Biscuits, Schokolade, deshalb auch die Bezeichnung „Schoggi“-Gesetz). So wird der Unterschied zwischen den höheren Inland- und den tieferen Auslandpreisen dieser Rohstoffe ausgeglichen (Ausgleich Schweizer Rohstoffpreishandicap), damit die Nahrungsmittelindustrie wettbewerbsfähig exportieren kann. Die WTO-Grenze für die „Schoggi“-Gesetz-Mittel liegt bei CHF 114.9 Mio. Seit Jahren hat der Bund das Budget bei CHF 70 Mio. festgelegt. Der Kredit reichte schon länger nicht mehr aus. Die Lücke finanzieren die Milchbauern über einen Abzug (Rückbehalt) auf dem Milchpreis, erklärte Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP. Mit der Aufhebung des Mindestkurses Mitte Januar 2015 sei die „Schoggi“-Gesetz-Lücke deutlich grösser geworden, und die Milchbauern mussten auf den ohnehin schon rekordtiefen Milchpreisen einen höheren Rückbehalt wegen der Lücke in Kauf nehmen. Das Parlament habe die prekäre Situation erkannt, die Forderungen der Branche aufgenommen und den Kredit für 2015 um CHF 25.6 Mio. aufgestockt. Aufgrund dieses Entscheids konnte der Rückbehalt auf dem Milchpreis wieder auf einen Rappen reduziert werden.

250 bis 280 Mio. Kilogramm Schweizer Milch wären vom Wegfall des „Schoggi“-Gesetzes betroffen. Diese Milch könnte nur noch zum Weltmarktpreis (C-Milchpreis gemäss Branchenorganisation Milch im August 2015: 16.7 Rappen) abgesetzt werden. Die Ablieferung zu diesem tiefen Weltmarktmilchpreis sei sicher keine Alternative für die Milchproduzenten. Firmen wie Nestlé oder Hochdorf wären sehr stark betroffen. Der zollfreie Import der betroffenen Rohstoffe oder Produktionsverlagerungen ins Ausland könnten zwar Alternativen für die betroffenen Firmen sein, für die Milchproduzenten jedoch kein gangbarer Weg. Zudem würde der Werkplatz Schweiz dadurch geschwächt.

Herausforderungen im nationalen und internationalen Kontext

(Adrian Aebi, Vizedirektor Bundesamt für Landwirtschaft BLW)

Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann hatte das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und das BLW beauftragt, Alternativen zum bisherigen Ausfuhrbeitragsregime zu prüfen. Drei Varianten

seien nun ausgearbeitet worden. Adrian Aebi, Vizedirektor BLW, liess sich am Polit-Treffpunkt jedoch nicht in die Karten blicken, weil der Bund diese Varianten zuerst mit der Branchenspitze diskutieren will. Das aktuelle System „Schoggi“-Gesetz stosse im heutigen dynamischeren Umfeld zunehmend an Grenzen. Die Preisbildung erfolge im EU-Markt weitgehend frei, man habe Währungsschwankungen, die Exportmengen haben zugenommen, das System sei zu langsam und schlecht planbar für die heutigen Handelsaktivitäten. Der finanzpolitische Spardruck und die Budgetbeschränkungen würden dem tendenziell wachsenden Mittelbedarf aufgrund des Exporterfolgs der Schweizer Nahrungsmittelindustrie zuwider laufen. Die Abwicklung der Ausfuhrbeiträge würde zudem einen hohen administrativen Aufwand in der Bundesverwaltung generieren. Die Branche habe dadurch generell eine grosse Unsicherheit. Adrian Aebi zeigte die negativen Effekte von Exportsubventionen generell auf und informierte über die WTO, wo bereits 2005 beschlossen wurde, die Exportsubventionen bis Ende 2013 abzuschaffen. Da die Doha-Runde immer wieder stockte, ist nur der Beschluss, Exportsubventionen nicht zu erhöhen, bis heute gültig. Die WTO sei dem endgültigen bindenden Beschluss zur Abschaffung näher als auch schon. Neben der Schweiz gewähren nur noch Kanada und Norwegen Exportsubventionen. Die Schweiz und Norwegen signalisieren, ihre Exportsubventionen abzuschaffen. Wenn ein Teilabschluss der WTO-Verhandlungen im Dezember 2015 gelingt, werden als erstes diese Exportsubventionen gestrichen.

Wettbewerbsfähigkeit trotz Agrargrenzschutz und Swissness Bürokratie

(Daniel Imhof, Head Agricultural Affairs Nestlé Schweiz)

Mit CHF 1.5 Mrd. Umsatz im 2014, über 11'000 Mitarbeitenden und über 400 Lernenden und Praktikanten sowie 590 Jugendlichen unter 30 Jahren hat Nestlé in der Schweiz eine starke industrielle Präsenz. 65 Prozent der globalen Investitionen würden vor allem in Forschung und Entwicklung in der Schweiz getätigt, zeigte Daniel Imhof, Head Agricultural Affairs von Nestlé Schweiz, auf. 66 Prozent der Produktion von Nestlé Schweiz gehe in den Export. 2'400 Bauern seien davon abhängig (mit 107'000 Tonnen Milch, 25'000 Tonnen Mehl, 11'000 Tonnen Zucker, 4'300 Tonnen Kartoffeln, 3'000 Tonnen Rahm und 350 Tonnen Fleisch). Diese Zahlen zeigen, wie wichtig der Agrargrenzschutz nicht nur für Nestlé Schweiz selber ist, sondern auch für den Primärsektor Land- und Milchwirtschaft. Daniel Imhof sprach in seinem Referat auch die Swissness an, welche am 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Die Umsetzung der Swissness-Richtlinien sei mit hohen Kosten verbunden, zudem hätten die Unternehmen wenig Zeit für die Umsetzung. Nestlé stelle sich aber trotz diesen Herausforderungen hinter die Swissness. Denn sie generiere Wertschöpfung, und die Schweiz garantiere gute und sichere Produkte. Das sei die Zukunft der Schweiz im Ausland. Die Schweiz

habe Nahrungsmittel, welche sich auf dem Weltmarkt behaupten können. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass auch in Zukunft Exporte aus der Schweiz möglich sind, mittels erleichtertem Marktzugang (Freihandelsabkommen), aber auch durch den Erhalt des Agrargrenzschatzausgleichs mittels „Schoggi“-Gesetz.

Politik und Wirtschaft sind gefordert

(Konrad Graber, Ständerat und Verwaltungsratspräsident Emmi AG)

Wie bedeutend das „Schoggi“-Gesetz für den Agrar- und Wirtschaftsstandort Schweiz ist, zeigte Konrad Graber, Ständerat und Verwaltungsratspräsident Emmi, eindrücklich anhand von konkreten Zahlen auf. 8 Prozent der Schweizer Milchproduktion, 10 Prozent der Schweizer Brotgetreideproduktion, 60 Prozent der Schweizer Schokoladenproduktion und 30 Prozent der Schweizer Backwarenproduktion seien heute vom „Schoggi“-Gesetz abhängig. 4'000 Arbeitsplätze würden in direkter Abhängigkeit stehen (indirekt nochmals zirka 3'500 Arbeitsplätze). Alleine im Kanton Luzern würde der Wegfall des „Schoggi“-Gesetzes zwei grosse Milchpulverwerke massiv betreffen. Die unterschiedliche regionale Betroffenheit wäre auch ein erhebliches Problem für die Marktstabilität, da es Milchproduzenten/Unternehmen mit keiner, wenig oder viel „Schoggi-Gesetz-Milch“ gibt.

Ordnungspolitisch sei das „Schoggi“-Gesetz eine flankierende Massnahme zum politisch gewollten Agrarschutz und vergleichbar mit der politisch weniger umstrittenen Verkäsungszulage. Im Gegensatz zur Verkäsungszulage bezieht sich das „Schoggi“-Gesetz nur auf den Export, daher werde es von der WTO auch als Exportsubvention eingestuft. Für Konrad Graber sind derzeit verschiedene Szenarien denkbar. Szenario 1 sei der „status quo“. Szenario 2 wäre eine „85 %-Lösung“ (Planungssicherheit, weg von staatlicher Vollkompensation, verkraftbare Ausgleichslösungen durch die Marktakteure) oder Szenario 3 mit einer „Umgestaltung“ (keine Schnellschüsse, „Schoggi“-Gesetz nicht für WTO-Abschluss „opfern“, Branche zwingend in Überlegungen miteinbeziehen).

Die Milchwirtschaft stehe vor grossen Herausforderungen. Sie muss die Marktanteile und das Milchvolumen in einem unsicheren Umfeld verteidigen, wettbewerbsfähiger werden und Investitionen in Produktionsstandorte prüfen. Aber auch die Politik müsse sich ihrer Herausforderungen bewusst sein, indem sie einen Richtungsentscheid fällt über Stärkung oder Schwächung der Schweiz als Produktionsstandort, und indem sie die Agrarpolitik in ihrer ganzen Breite weiterentwickelt und nicht nur an einer „Stellschraube“ dreht!

Fragen beantwortet Ihnen:

- Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP, Luzern, Tel. 041 429 39 20; Mobile 079 341 99 35; E-Mail: pirmin.furrer@zmp.ch
- Thomas Oehen, Präsident ZMP, Lieli, Tel. 041 917 13 94; Mobile 079 644 78 55; E-Mail: thomas.oehen@bluewin.ch
- Carol Aschwanden, Leiterin Kommunikation ZMP, Luzern, Tel. 041 429 39 17, Mobile 079 777 16 30, E-Mail: carol.aschwanden@zmp.ch

Link zu Bildern der Veranstaltung: <http://daten.zmp.ch> (Quellenangabe: cut&shoot)

- **Bild 1:** Thomas Oehen, Präsident ZMP, stimmt die Diskussion in der „Arena“ verhalten positiv.
- **Bild 2:** Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP, erklärte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das äusserst komplexe „Schoggi“-Gesetz.
- **Bild 3:** Daniel Imhof, Head Agricultural Affairs von Nestlé Schweiz, unterstrich in seinem Referat die Bedeutung des „Schoggi“-Gesetzes für den Produktionsstandort Schweiz.
- **Bild 4:** Adrian Aebi, Vizedirektor BLW, informierte am Polit-Treffpunkt ZMP, dass man drei Modelle als mögliche Alternativen auf dem Tisch habe. Er liess sich aber noch nicht in die Karten blicken, wie diese ausgestaltet sind.
- **Bild 5:** Für Ständerat Konrad Graber, Verwaltungsratspräsident Emmi AG, sind Wirtschaft und Politik gefordert. Zitat: „Die Politik stehe vor der Herausforderung, einen Richtungsentscheid über Stärkung oder Schwächung der Schweiz als Produktionsstandort zu fällen!“
- **Bild 6:** In der ersten Runde beim Schlagabtausch in der Arena standen auf dem Podium Damian Müller, Luzerner Kantonsrat und FDP-Kandidat für den National- und Ständerat, Prisca Birrer-Heimo, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz, Christian Arnold, Urner Landratspräsident (SVP), Milchproduzent und Vorstandsmitglied ZMP, und Markus Zemp, Präsident Branchenorganisation Milch (BO Milch).
- **Bild 7:** In der zweiten Arena-Runde feilschten um ihre Positionen zum „Schoggi“-Gesetz Felix Müri, SVP-Nationalrat, Roland Fischer, GLP-Nationalrat, Thomas Lötcher, Gastgeber und Milchproduzent, und Markus Zemp, Präsident BO Milch.
- **Bilder 8 bis 10:** Der Polit-Treffpunkt ZMP hat sich als wertvoller Informations- und Netzwerkanlass zu agrarpolitischen Themen etabliert.

Präsentationen zu Referaten online: www.zmp.ch

- „Was beinhaltet das Schoggi-Gesetz?“, Pirmin Furrer, Geschäftsführer ZMP
- „Herausforderungen im nationalen und internationalen Kontext“, Adrian Aebi, Vizedirektor Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), Direktionsbereich internationale Angelegenheiten
- „Wettbewerbsfähigkeit trotz Agrar-Grenzschutz und Swissness-Bürokratie“, Daniel Imhof, Head Agricultural Affairs, Nestlé Suisse SA
- „Politik und Wirtschaft sind gefordert“, Konrad Graber, Ständerat und Präsident des Verwaltungsrates Emmi AG